

Liebe Genossinnen, liebe Genossen!

Die neue Etappe des Klassenkampfes, in der wir uns befinden, wurde zunächst von oben eröffnet.

Diese soziale Revanche, die Offensive gegen die Rechte und Schutzbestimmungen der arbeitenden Menschen wurde durch eine Reihe von Faktoren möglich:

- Durch die neuen Technologien, die die Arbeitswelt umgewälzt haben, und ausschließlich im Interesse des Kapitals Anwendung finden.
- Durch den Wegfall des real existierenden Sozialismus als Gegengewicht und als Herausforderung für den Kapitalismus,
- durch die Europäische Union, als das Europa der Konzerne,
- und durch die Globalisierung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, denen die ArbeiterInnenbewegung und die Linke jahrzehntelang zu wenig entgegengesetzt haben.

Heute allerdings können wir feststellen, dass der wachsende Druck auch zu Gegendruck führt, und dass in einem Land wie Österreich - in dem man Jahrzehnte hindurch die Streikdauer in Sekundenbruchteilen messen konnte - Klassenkampf von unten geführt wird - wenn auch zögernd, widersprüchlich, aber immerhin gehen Teile der österreichischen Gewerkschaften einen Weg der Konfrontation mit der Regierung.

Der Arbeitskampf bei den österreichischen Bundesbahnen gegen die Verschlechterungen des Dienstrechtes und die Aufsplitterung des Unternehmens hat auch jene entscheidende Bedeutung, dass eine große Belegschaft einen bundesweiten Arbeitskampf geführt hat - und dass, auch das sei angemerkt, die GewerkschafterInnen des GLB der EisenbahnerInnen organisierend und verantwortlich beteiligt waren.

Der Streik bei den ÖBB ordnet sich ein in einen europaweiten Kampf. In den vergangenen Monaten haben große Streiks in Spanien, Frankreich, in Griechenland und in Italien stattgefunden.

Aber es sind nicht nur gewerkschaftliche Kämpfe. Der imperialistische Krieg der USA gegen den Irak rief eine Friedensbewegung neuer Qualität hervor. Am 15. Februar demonstrierten weltweit 20 Millionen Menschen in 650 Städten. Aufgerufen zu dieser globalen Mobilisierung haben das Europäische Sozialforum und das Weltsozialforum. Diese Foren stehen für eine weltweite neue Bewegung, die mit ihren riesigen Demonstrationen das kapitalistische System nicht nur an einem einzigen Punkt angreifen,

sondern vor allem den Zusammenhang zwischen neoliberalen Kapitalismus und imperialistischen Krieg zum Thema machen. In Umrissen wird sichtbar, was die Aufgabe von Kommunisten und Kommunistinnen heute ist: Nämlich die lokalen und die nationalen Kämpfe in einem großen internationalen Zusammenhang zu stellen. Revolutionäre Politik, wenn sie wirklich revolutionär sein soll, kann heute nicht anders als in diesem Rahmen gedacht werden.

Das Bedeutsame an der globalisierungskritischen Bewegung ist, dass erstmals seit dem Ende des Kalten Krieges eine weltweite Massenbewegung, deren Teil auch die österreichischen KommunistInnen sind, die Herrschaft des US-Imperialismus herausfordert. Die großen Demonstrationen gegen den Krieg der USA waren weltweit und auch in Österreich durch ein breites Bündnis gekennzeichnet. Manche glauben allerdings, dass konsequenter "Anti-Imperialismus" darin bestünde, sich angesichts des US-amerikanischen Terrors auf die Seite des Völkemörders und Kommunistenschlächters Saddam zu stellen. Wir haben uns von solchen Positionen aus prinzipiellen Gründen distanziert, weil die Welt, für die wir kämpfen zwar nur gegen den Imperialismus durchsetzbar ist, aber nichts mit reaktionären, militaristischen Diktatoren zu tun haben kann.

Wir sind mit dem Kampf des palästinensischen Volkes um nationale Selbstbestimmung und Gleichberechtigung solidarisch. Wir bekämpfen daher auch die Politik des Staates Israels, die die elementarsten Menschenrechte der PalästinenserInnen negiert und gleichzeitig die Demokratie in Israel selbst zerstört. Wir wollen aber nichts mit Gruppen gemeinsam haben, die zu keiner klaren Abgrenzung zum Antisemitismus in der Lage sind. Kampf für Menschenrechte, internationale Solidarität, Anti-Imperialismus und Kampf gegen den Antisemitismus bildeten und bilden eine Einheit im Verständnis von uns Kommunisten und Kommunistinnen.

Ob wir von Kommunalpolitik oder von Gewerkschaftspolitik reden, ob wir soziale Forderungen aufstellen oder für die Rechte der Frauen eintreten, ob wir über Hochschulpolitik reden: Alle sozialen Bewegungen, die Gewerkschaften und die NGOs stehen heute dem in der EU organisierten mächtigen transnationalen Kapital gegenüber. Der Kampf der Eisenbahner z.B., der ja auf dem Hintergrund der Deregulierung bei den Eisenbahnen im EU-Maßstab stattfindet, wirft die Frage nach einem europaweiten Kollektivvertrag auf. Denn, wie sollen sonst soziale Rechte aufrechterhalten werden, wenn sie für den portugiesischen oder den polnischen Lokführer keine Geltung haben. Und wie sollen europaweite soziale Rechte und Kollektivverträge durchgesetzt werden, wenn es zu keiner Vernetzung der Gewerkschaften und der linken Bewegungen auf der europäischen

Ebene kommt?

Europäische Vernetzung der Bewegungen heißt, politische Forderungen auf der europäischen Ebene stellen.

In den kommenden Monaten soll die EU eine eigene Verfassung bekommen. Das bildet die Grundlage für ein europäisches Heer und dafür, eigene imperialistische Militär-Macht zu entwickeln. Es ist der Weg vom Staatenbund zum Bundesstaat.

Die Kommunisten und Kommunistinnen sind dem Europa der Konzerne, wie es in der EU verwirklicht ist, immer kritisch und ablehnend gegenüber gestanden. Wir müssen diese Auseinandersetzung heute unter der neuen Voraussetzung, dass EU-Recht für uns gilt, ob wir das haben wollen oder nicht, weiter führen. Gemeinsam mit den europäischen linken Parteien, den Gewerkschaften und den sozialen Bewegungen lehnen wir daher die EU-Verfassung, so wie sie im Mai beschlossen werden soll aus einer linken Perspektive ab. Wenn wir aber die EU-Verfassung ablehnen, so deswegen weil:

- Wir kein Europa des Militärs, sondern ein Europa der friedlichen Beziehungen und der Zusammenarbeit wollen. Dazu ist die österreichische Neutralität kein Hindernis, sondern eine ausgezeichnete Voraussetzung.
- weil wir eine Festung Europa ablehnen. Die EU kann sich auch nicht mit den allergroßten Mauern, vor dem Elend und der Unterdrückung, das in der Welt herrscht, abschotten.
- Wir fordern gleiche Rechte für alle in Europa lebenden Menschen lehnen. Was wir brauchen sind EinwohnerInnen- und nicht StaatsbürgerInnenrechte.
- Wir lehnen ab, dass in der Verfassung der Europäischen Union der Neoliberalismus festgeschrieben wird. Wir treten für ein europäisches Gesellschaftsmodell ein, das sich an den Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit und einem neu definierten Wohlfahrtsstaates orientiert.
- Und daher wollen wir ein Europa der Transparenz und der Demokratie und verlangen, dass jede EU-Verfassung einem europaweiten Referendum unterzogen werden muss.

Diese neue Welle des Klassenkampfes, ist die Reaktion auf die Krise des neoliberalen Kapitalismus und das Versagen der reformistischen Kräfte, der Sozialdemokratie und der Grünen. Sie ist gleichzeitig aber auch eine große Chance und Herausforderung, vor der wir stehen. Die Chance besteht darin, dass sich eine neue Generation von Kämpfer und Kämpferinnen gegen das kapitalistische System einer revolutionären Haltung annähert. Notwendig ist, dass wir einen Kommunismus entwickeln, der den Anforderungen des 21. Jahrhunderts entspricht. Es geht um einen Kommunismus, der die historischen Interessen der weltweiten ArbeiterInnenklasse in ihrer Vielgestaltigkeit zum Ausdruck bringt. In jedem entwickelten kapitalistischen Land ist die Arbeiterklasse heute multiethnisch und multinational. Und sie ist mehr denn je weiblich.

Eine sozialistische Vision der Gesellschaft erfordert feministische und ökologische Einsichten als eine ihrer Grundlagen zu entwickeln, erfordert soziale und politische Rechte unabhängig von der nationalen und staatsbürgerlichen Zugehörigkeit, so eine Vision erfordert nicht weniger, sondern mehr Marxismus. Denn nach wie vor gilt, dass geschlechtshierarchische Benachteiligung, Unterdrückung und Ausbeutung der menschlichen und natürlichen Ressourcen untrennbar verknüpft sind mit dem kapitalistischen Eigentum an den Produktionsmittel. Dieses Eigentum gilt es weltweit zu überwinden.

Eine andere Welt ist möglich. Und wir Kommunisten und Kommunistinnen sagen dazu: Um sie zu erreichen ist eine andere Wirtschaft, nämlich die Überwindung des Kapitalismus, eine andere Politik und eine andere Kultur des Zusammenlebens der Menschen und der Geschlechter notwendig. Das ist der Sinn des Wortes Sozialismus!

Liebe GenossInnen!

Ausgehend von der letzten Landeskofferenz haben wir an der Entwicklung eines wienpolitischen Profils der KPÖ-Wien weiter gearbeitet. Der neoliberale Umbau dieser Stadt, der seit den letzten Wahlen wieder von einer SPÖ-Alleinregierung durchgezogen wird, hat ein unglaubliches Tempo und eine neue Qualität erreicht. Er ist gekennzeichnet von Ausgliederungen und Privatisierungen, von einer rigiden Budgetpolitik auf Kosten der Sozialausgaben, und von massiven Gebührenerhöhungen und Verteuerungen von Dienstleistungen. Finanzstadtrat Rieder nennt das eine vorbildliche Budgetpolitik. Erst als vor kurzem das Desaster im Sozialressort mit einem Fehlbetrag von kolportierten 100 Millionen Euro und die unhaltbaren Zuständen in Geriatriezentren bekannt wurden, hat man neue Wege in der Finanzpolitik angekündigt. Jetzt, nachdem offensichtlich der sogenannte Stabilitätspakt in der EU nicht mehr hält, traut sich die Wiener SPÖ auch den österreichischen Stabilitätspakt der schwarz-blauen Regierung mit der Begründung zu unterlaufen, dass Soziales Vorrang haben müsste.

Jedoch beruhigt diese Ankündigung nicht. Im Gegenteil: neue Kooperationen mit Privaten, die Fortsetzung der Cross-border-Leasing-Verträge und weitere Ausgliederungen und Privatisierungen stehen auf der Tagesordnung und bilden den Rahmen des Budgets für 2004.

In den letzten drei Jahren waren es die Kindergärten, die Büchereien, die Spitäler - nur um einige zu nennen - die durch die Ausgliederungen gezwungen wurden, betriebswirtschaftlichem Denken den Vorrang zu geben, was heißt, Kostenrechnung statt Bedarfsdeckung und Gewinnorientierung statt Nutzen für die Menschen. Mit 1.1. 2004 wird

nun auch der ganze Sozialbereich aus der Hoheitsverwaltung in einen "Fonds Soziales Wien" ausgegliedert. Davon betroffen sind: das Sozialamt, die Obdachlosenbetreuung, die Gesundheitsdienste, und die Betreuung zu Hause. Weiteren Privatisierungsschritten, wie die Gründung von GesmbH's, wie sie zur Zeit Gerüchten zu Folge bei den Kindertagesheimen anstehen soll, steht damit nichts mehr im Wege. So wird aus einer politischen Verantwortung des Gemeinderats eine kaufmännische der Geschäftsführer, die für den Umfang und die Qualität der Leistungsangebote genau so verantwortlich sind, wie für die Subventionsvergabe an die verschiedenen Vereine. Und obendrein werden - langfristig gesehen - die noch arbeitsrechtlich und gehaltsmäßig besser gestellten Gemeindebediensteten zu einem Auslaufmodell. Denn jeder neue Beschäftigte eines ausgegliederten Bereiches wird nur mehr privatrechtlich angestellt.

Immer mehr Menschen rutschen unter die Armutsgrenze. Von diesen Entwicklungen versucht die Gemeinde Wien geschickt mit ihrer großangelegten Event-Politik abzulenken. Wer sich's leisten kann, ist dabei, für den Rest gibt es eine Form von Grundversorgung, die mit Vollversorgung nichts zu tun hat - dahin geht der Weg, und davor kann auch die sozialradikale Rhetorik von SozialdemokratInnen gegenüber der schwarzblauen Bundesregierung nicht ablenken. Wenn zu Recht von SPÖ-RathauspolitikerInnen aufgezeigt wird, wie sozial katastrophal sich die Belastungspolitik der Bundesregierung, die Politik gegenüber Flüchtlingen, die Streichung von Subventionen im Kultur- und Sozialbereich auswirkt, und wie sehr diese Politik auch auf Kosten von Länderbudgets geht, dann bedürfte es aber einer grundsätzlich anderen politischen Praxis. Diese aber bleibt die SPÖ schuldig.

In den nächsten Jahren stehen weitreichende Liberalisierungen an, die die EU und vor allem das GATS-Abkommen fordern. Sämtliche Bereiche der Daseinsvorsorge sollen weltweit dem privaten Markt geöffnet werden. Im Grünbuch der EU-Kommission zur Daseinsvorsorge wird vorgeschlagen, dass nur jene Leistungsangebote in öffentlicher Hand verbleiben dürfen, für die kein Privater ein Angebot legt. Da bleibt kein Stein mehr auf dem anderen. Wieviele Menschen aber wissen das? Wo liest man das? Wo bleibt die öffentliche Debatte seitens der SP und Grünen darüber? Der Generalangriff auf das öffentliche Sozialsystem hat begonnen. Der Beschluss über das Pensionssystem hat klar zum Ausdruck gebracht: es geht auch um die Zerschlagung der öffentlich-solidarischen Sozialsicherungssysteme zugunsten privater Finanzspekulation.

Wir verlangen den sofortigen Abbruch der GATS-Verhandlungen. Wir fordern eine Volksabstimmung über den Schutz öffentlichen Eigentums vor Ausverkauf und eine entsprechende Absicherung in der Verfassung. Und es darf keine Zustimmung von

österreichischen PolitikerInnen zu den Inhalten des EU-Grünbuches zur Daseinsvorsorge geben.

Im Grundverständnis der neu gegründeten GO "Arge Feminismus" heißt es: "Nichts verdeutlicht drastischer als die Pensionsreform, wie sich eine Maßnahme unterschiedlich auf Frauen und Männer auswirkt und es spezifischer Forderungen bedarf, um Frauenrecht durchzusetzen." Nach wie vor wird mit dem Begriff Feminismus unterschiedlichstes verbunden. Nicht wenige reduzieren den Begriff auf eine ideologische Strömung in den 70er Jahren, die soziale und klassenspezifische Unterschiede ignorierte und den Kampf gegen Männerprivilegien zum Hauptwiderspruch machte, analog zur vorherrschenden Ignoranz unserer Bewegung gegenüber den Geschlechterverhältnissen. Feminismus ist aber nicht auf eine ideologische Strömung zu reduzieren, sondern in zweierlei Hinsicht zu definieren: einerseits als Ensemble von Debatten und kritischen Erkenntnissen und andererseits als die sozialen Kämpfe und emanzipatorischen Bewegungen von Frauen für eine patriarchatsfreien Gesellschaft. In diesem Sinn war die Gründung der GO ein wichtiger Schritt, um frauenpolitische Anliegen und Forderungen stärker als bisher in der Partei zu verankern und Klassen- und Geschlechterwidersprüche gemeinsam zu denken.

Liebe GenossInnen!

In den letzten drei Jahren hatten wir auch zwei Wahlkämpfe zu schlagen. Die Hoffnung, dass wir bei den Gemeinde- und Bezirksratswahlen 2001 das eine oder andere Bezirksratsmandat erreichen, wurde nicht erfüllt, auch wenn wir Stimmen dazu gewinnen konnten. Bei den Nationalratswahlen ein Jahr später haben wir Stimmen verloren. In der euch vorliegenden Diskussionsgrundlage haben wir einige Gesichtspunkte der objektiven Rahmenbedingungen, die für unsere Wahlergebnisse auch mit verantwortlich sind, angeführt. Ich möchte sie jetzt nicht wiederholen, diese sind für uns auch nicht unmittelbar und kurzfristig beeinflussbar. Wichtiger erscheint mir auf unsere Arbeit und subjektiven Rahmenbedingungen einzugehen, weil es daraus - dort wo es möglich ist - Lehren für die nächsten Wahlen zu ziehen gibt. Woran ich keinen Zweifel habe, ist die inhaltliche Schwerpunktsetzung, für die wir uns bei beiden Wahlen entschieden haben. Wenn ihr euch den schriftlichen Tätigkeitsbericht durchlest, werdet ihr auch sehen, dass wir uns in erster Linie mit dem Thema der Ausgliederung und Privatisierung, des Sozialabbaus und der Demokratiefraße - vor allem auch in Zusammenhang mit Integrationspolitik auseinandergesetzt haben. Auch haben wir eine Vielzahl von - durchaus auch kreativen - Aktivitäten zu Stande gebracht, nicht nur zentral organisierte, für die Bezirksratswahl haben wir sicher seit langem nicht mehr ein so großes Engagement und spezifische Materialien gehabt. Aber wir haben zu spät mit dieser Arbeit auf Bezirksebene begonnen. Ein halbes

Jahr davor, reicht eben nicht aus. Und dort, wo diese bezirkliche Kommunalarbeit seit längerer Zeit kontinuierlich erfolgt war - wie im 22. und 5. Bezirk, dort hat sich das auch im Wahlergebnis niederschlagen. Und wir haben auch den Fehler gemacht, dass wir zwar daran gegangen sind, Schwerpunktbezirke festzumachen, aber 10 waren doch - gemessen am möglichen finanziellen und personellen Einsatz - zu viel. Wir müssen uns daher auf ein paar wenige Bezirke konzentrieren, in diesen aber die Arbeit jetzt beginnen, wenn sie nicht schon ohnehin gemacht wird. Diese Knochenarbeit - das scheint mir eine treffende Bezeichnung zu sein - werden wir uns nicht ersparen können und ich hoffe, dass wir raschest wieder zu dem zurückfinden, wofür wir uns auch in einer Partei organisiert haben: nämlich zu konkretem politischem Engagement. Wenn wir über die subjektiven Faktoren reden, dann gehört auch dazu uns bewusst zu machen, dass wir für viele Menschen, die für uns gewinnbar wären, noch keine attraktive Wahlalternative sind. Und da machen wir es uns bitte nicht leicht und reden von mehr oder weniger geglückten Wahlplakaten. Sondern davon, wie wir auf Menschen, die uns genauer beobachten, eigentlich ausstrahlen: wir werden als zerstrittener Haufen wahr genommen, wir vermitteln Zweideutigkeiten im politischen Auftreten vermitteln, z.B. in Zusammenhang mit der kritischen Aufarbeitung unserer Geschichte, wir werden als zu traditionalistisch und zu wenig nachdenklich die neuen Fragestellungen und Widersprüche betreffend erlebt, auf Jugendliche und junge Menschen haben wir kaum bis gar keine Ausstrahlungskraft. Daran müssen wir arbeiten. Denn eine wesentliche Voraussetzung, Menschen für unsere politischen Ziele zu gewinnen, ist Glaubwürdigkeit und Sympathie.

2006 werden die nächsten Gemeinde- und Bezirksratswahlen stattfinden. In Vorbereitung der Landeskonferenz hat sich ein Arbeitskreis gebildet, von dem auch ein Papier vorliegt, und der sich ganz konkret mit der Entwicklung von bezirklicher Kommunalarbeit in Vorbereitung der nächsten Wahlen weiter beschäftigen wird.

Der zweite Ansatzpunkt, den wir uns konkret vorgenommen haben - nicht nur in Vorbereitung der Wahlen - ist die Entwicklung eines jugendpolitischen Profils der Partei. Was jugendpolitische Ansätze der KPÖ betrifft, da ist nichts zu beschönigen. Ein erster Bericht des Jugendarbeitskreises der Stadtleitung liegt vor. Ich halte es für einen richtigen Ansatz erst mal zu klären, von welchem Jugendbegriff wir eigentlich ausgehen. Welche Herausforderungen und Ansprüche an die Gesellschaft, und welche jugendpolitische Politikformen sich daraus ableiten lassen. Für uns stellt sich die Frage, ob wir in der Lage sein werden, diesen Herausforderungen gerecht zu werden.

Es ist eine der schwierigsten Problematiken, die wir zu bewältigen haben und ich hoffe, dass die GenossInnen, die diese Arbeit begonnen haben daran weiter arbeiten werden.

Liebe GenossInnen!

Das Angebot unseres Mieterberatungszentrum wurde bisher äusserst positiv aufgenommen. Wir haben eben erst begonnen, eine Neuorganisation, die Ausweitung der Beratungstätigkeit auf insgesamt acht Bezirke vorzunehmen. Mit der Dezentralisierung des MSZ wollen wir auch die Zusammenarbeit mit Bezirksorganisationen verstärken, was auch schon von einigen Parteigruppen aufgegriffen wurde. Die Auseinandersetzung um wohnungspolitische Fragen ist ein Herzstück kommunalpolitischen Engagements von KommunistInnen. Es liegt euch auch ein Antrag vor, der die wichtigsten aktuellen Ansatzpunkte im Kampf um eine soziale Wohnungspolitik beinhaltet. Die neue budgetäre Situation erlaubt keine bezahlte Kraft mehr für die Beratungstätigkeit. Wir wollen uns jedoch um Förderungen und finanzielle Unterstützungen, gemeinsam mit Gen. Iraschko bemühen, der jedenfalls sein Engagement als Mieterberater in neuer Form und ohne Beschäftigungsverhältnis fortsetzen möchte.

Um Förderungen bemühen wir uns auch im 7stern, weil es dort darum geht, den Kulturbetrieb, die Nutzung des Saales, der keinen kommerziellen Kriterien unterliegt, als politisches Projekt aufrecht zu erhalten. So konnten wir in den letzten Jahren einer Vielzahl von Kulturschaffenden Raum und Rahmen für die Darstellung von nicht etablierter Kunst zur Verfügung stellen. Das 7stern hat sich zu einem Ort der Gegenkultur entwickelt und dass es so bleibt, dafür wollen wir uns weiter gemeinsam mit Kulturschaffenden, ohne deren Beitrag das unmöglich wäre, engagieren.

Und nun zur parteiinternen Situation:

Diese Landeskonzferenz unterscheidet sich wesentlich von den vorangegangenen. Die finanziellen Voraussetzungen für die Existenz der KPÖ sind qualitativ andere als in den letzten Jahrzehnten und das trifft auch auf die innerparteiliche Situation zu.

Es stehen Entscheidungen an, die diese Landeskonzferenz unmissverständlich treffen muss.

Ganz oben steht die Frage: wollen wir uns in die Lage versetzen, in den neoliberalen Umbau der Gesellschaft politisch einzugreifen und Alternativen aufzuzeigen, wollen wir für politisch interessierte und aktive Menschen interessant und attraktiv werden, oder wollen wir uns in erster Linie mit uns selber beschäftigen und - vom veränderungswilligen Teil der Gesellschaft getrennt - isoliert existieren?

Die Grenze dessen, was wir in der Partei als Streitkultur - besser gesagt, als Unkultur, noch

akzeptieren sollten, ist längst überschritten.

Das was Mitglieder unserer Partei in Wort und Tat, schriftlich und mündlich immer wieder zum Ausdruck bringen ist folgende Theorie: Jede Parteileitung, die nicht ihre Auffassungen vertritt, sei nicht ganz einfach in dieser oder jener Frage im Irrtum, sondern es müsse sich um Verräter, ja um Kriminelle handeln. Die Vorstellung, dass alles was nicht den eigenen Auffassungen entspricht, "Revisionismus", "Verrat" oder "Sozialdemokratisierung" ist, führt dazu, dass es keinen politischen Kompromiss geben darf, dass der Kampf bis zum letzten ausgefochten werden muss, und dass jedes Mittel der Diffamierung, bis zur Kriminalisierung berechtigt sei.

Viele GenossInnen sind es leid, der ständigen Zuordnung "wie stehst du zur Führung? Gehörst du zur Baier, Graber, Stiefsohn-Clique oder bist du gegen sie? ausgesetzt zu sein. Das alles verhindert das offene Klima, in dem Kritik und Auffassungsunterschiede auf Grundlage der Anerkennung der Pluralität ausgetragen werden können. Die Mehrheit der ParteiaktivistInnen will sich weder einer Gruppe zuordnen lassen, noch von einer vereinnahmt werden. Ich sehe aber auch diese zwei ideologischen Blöcke nicht, von denen allzu oft und leichtfertig gesprochen wird. Ich sehe eine Fülle von politischen und ideologischen Differenzierungen. Diese für den Meinungsstreit wirksam werden zu lassen, dazu brauchen wir: Solidarität, Respekt und die Akzeptanz von gemeinsam festgelegten Normen und Strukturen.

Wir brauchen Klarstellungen dringender denn je, wenn wir unsere Arbeit in der Partei neu organisieren werden. Es wird keine hauptberuflichen politischen FunktionärInnen in der Wiener Organisation mehr geben. Das sind neue Anforderungen an uns alle.

Auf welche Weise werden wir bei den Wiener Gemeinderats- bzw.

Bezirksvertretungswahlen kandidieren, bei denen aufgrund des undemokratischen Wahlrechtes 2600 beglaubigte Unterschriften beigebracht werden müssen. In der Vergangenheit war das ja nur mit Hilfe von hauptamtlichen Funktionären möglich.

Nützlich wäre auch, dass wir uns gemeinsam vor Augen halten, dass dies die letzte Wiener Landeskonzferenz mit einem so großen organisatorischen und technischen Aufwand sein kann. Auf ehrenamtlicher Basis ist dies nicht mehr so zu leisten.

Wir werden auf Parteitag und Konferenzen nicht mehr tausende Blatt Papier drucken und verteilen, und dann keine inhaltlichen Beschlüsse fassen, wie das am 32. Parteitag der Fall war. Wie wir die Arbeitsweise umstellen, ohne in unseren politischen Ansprüchen zurückzustecken, dazu wird noch viel Hirnschmalz erforderlich sein.

Die neu zu wählende - hoffentlich arbeitsfähige - Stadtleitung wird sich daher vordringlich

der Frage annehmen müssen: wie organisieren wir im Kollektiv die vor uns stehenden Aufgaben, wer übernimmt welche Verantwortung, wie wird die Kommunikation mit und unter den Parteiorganisationen hergestellt werden können, welche Form der Unterstützung wird es dabei durch das Leitungsgremium geben? Wir können zum derzeitigen Stand der Finanzdiskussion auf Bundesebene leider noch nicht sagen, ob es möglich sein wird, eine technische Kraft für die KPÖ-Wien zu bezahlen. Wir hoffen es, weil dann zumindest die wichtigsten administrativen Aufgaben nicht auch noch ehrenamtlich gemacht werden müssen.

Wir werden im Jänner in das Haus der KPÖ, in die Drechslergasse gemeinsam mit dem BUVO übersiedeln. Eine gemeinsame Struktur hat vor allem auch einen finanziellen Vorteil für beide. Wir haben uns für die Drechslergasse entschieden, weil dort kaum Sanierungsbedarf besteht, eine gute Erreichbarkeit gegeben ist und weil das Archiv der KPÖ dort untergebracht ist, und wir dort keine Fremdmieten haben wollen.

In den letzten Wochen wurde eine Unterschriftenkampagne initiiert unter dem Titel: "Erhaltung der Alfred Klahr Gesellschaft und des Archivs in der Drechslergasse".

Worum ist es gegangen? 1. dass das Beschäftigungsverhältnis für Willi Weinert genau so aufgekündigt werden musste, wie für alle anderen auch, und 2. dass von seiten der KPÖ ausgesprochen wurde, dass wir uns eine Zusammenarbeit Tür an Tür mit ihm auf Grund seines Verhaltens nicht mehr vorstellen können.

Aber, Genossinnen und Genossen, nicht die KPÖ-Führung hat Überlegungen angestellt, sich vom Archiv zu trennen, was diese Unterschriftenaktion suggeriert, sondern in der Klahr Gesellschaft wurde angedacht, Teile des Archivs dem Staatsarchiv zu übergeben. Ob das geschieht und welche Teile das sein könnten, z.B. das Schnittarchiv diverser Tageszeitungen, muss gründlich überlegt und ausdiskutiert werden. In einer gemeinsamen Aussprache mit Vertretern des Vorstandes der Klahr-Gesellschaft wurde nun vereinbart, dass Willi Weinert bis zur Beendigung seines Dienstverhältnisses Ende März die Übergabe des Archivs an eine (noch zu bestimmende) Gruppe von GenossInnen vornehmen soll, und es wird eine gemeinsame Arbeitsgruppe eingesetzt, die einen Vorschlag ausarbeiten soll, wie die fachliche Betreuung der Archivstände und damit ihre Sicherung für die Zukunft am besten gewährleistet werden kann.

Zum zweiten Mal sind wir nun im besonderen Maße auf einer Wiener Landeskonferenz mit der Wielandschule, auf Grund unserer Finanzsituation und der damit in Zusammenhang stehenden Entscheidungen beschäftigt, die allerdings nicht hier zu treffen sind. Ich denke, dass die KPÖ in den letzten 13 Jahren versucht hat, sehr umsichtig alle Problemstellungen

und Interessen in ihren Entscheidungen zu berücksichtigen. 13 Jahre lang konnte das Haus von den dort agierenden Organisationen und Menschen für linke Projekte genutzt werden. Heute, mit dem Prozessausgang stehen wir finanziell mit dem Rücken zur Wand. Wir haben so gut wie keine Spielräume. Selbstverständlich fühlen wir uns verantwortlich, dass keine Flüchtlinge, die derzeit im Haus leben, auf der Straße stehen werden. Wir versuchen, den verschiedensten Initiativen im Haus unsere neu entstandene Situation klar zu machen. Es ist schwierig und es bedarf großer politischer Sensibilität im Gespräch mit den HausnutzerInnen aber auch innerhalb unserer Partei.

Die Verkaufsoption wurde aufgemacht und ob eine politische Lösung zu Stande kommt, z.B. durch eine öffentlich finanzierten Absicherung des gesamten Projektes EKH durch die Gemeinde Wien, hängt von dieser und allen beteiligten AkteurInnen ab.

Liebe Genossen und Genossinnen,
die Probleme liegen auf dem Tisch, sie sind in der Partei seit Jahren bekannt. Kaum jemand, der die Lage mit Nachdenklichkeit betrachtet, wird den gegenwärtigen Zustand für vertretbar halten. Aus heutiger Sicht kann er auch nicht mehr aufrechterhalten werden. Es liegt also in unserer Hand, diese Zustände zu ändern und heute durch - auf die Zukunft gerichtete - Beschlüsse und vor allem durch die Wahl einer handlungsfähigen politischen Leitung Voraussetzung dafür zu schaffen, die weitere Existenz und politische Aktivität der KPÖ abzusichern.

Für diesen Weg stehen wir zur Verfügung.

Danke für die Aufmerksamkeit.